

Offshore-Kongress 2001 in Berlin

Thomas Neumann, DEWI

Unter dem Motto "Integration von Klimaschutz, Naturschutz, Meeresschutz und zukunftsfähiger Energieversorgung" veranstaltete das Bundesumweltministerium (BMU) in Zusammenarbeit mit dem DEWI einen zweitägigen Kongreß zum Ausbau der Offshore Windenergie in Deutschland. Diese dritte Veranstaltung im Rahmen des BMU-Forschungsvorhabens "Weiterer Ausbau der Windenergie im Hinblick auf den Klimaschutz" behandelte als Schwerpunkt die genehmigungsrechtlichen Aspekte der Offshore-Windenergienutzung.



Abb. 1: Podiumsdiskussion im Block III "Offshore-Windenergienutzung im Interessensspektrum der Verbände"

Der Tagungsort Berlin war bewußt gewählt worden, um an zentraler Stelle einen Dialog zwischen hochrangigen Vertretern von Politik und Behörden, den Trägern öffentlicher Belange, insbesondere dem Naturschutz, und Fachleuten der Windenergiebranche zu führen. Die Veranstaltung sollte nicht nur die Zusammenarbeit der unterschiedlichen genehmigungsrechtlich relevanten Gruppen verbessern, sondern auch weitere Impulse für eine politische Zielvorgabe für die Offshore Windenergienutzung geben und einen Konsens über die Rahmenbedingungen und die Ziele ihres Ausbaus befördern.

Als Diskussionsgrundlage veröffentlichte das BMU unmittelbar vor Beginn des Kongresses sein Positionspapier zur Windenergienutzung auf See [1], in dem es ein zeitlich gestuftes Vorgehen zum Ausbau der Windenergie im Offshore-Bereich vorschlägt und aus Naturschutz-Sicht besonders geeignete Flächen kennzeichnet.

Wie stark das Interesse an der Offshore Windenergie derzeit ist, zeigte die Nachfrage an der Konferenz, die mit fast 200 Teilnehmern aus allen meinungsbildenden Bereichen bis auf den letzten Platz ausgebucht war.

In seiner Eröffnungsrede wies Staatssekretär Rainer Baake (BMU) auf die Bedeutung hin, die der Windenergie in Verbindung mit anderen Erneuerbaren Energien für die Erlangung des Klimaschutzziels der Bundesregierung zukomme. Zur angestrebten Verdopplung des Anteils Erneuerbarer Energien bis zum Jahre 2010 sei insbesondere auch die Erschließung des Offshorepotentials erforderlich. Dieser Ausbau solle aber umwelt- und naturverträglich erfolgen.

Am Eröffnungstag wurde im weiteren Verlauf die Position des Bundes, der Küstenländer und auch der Umwelt- und Naturschutz- und Windenergieverbände dargestellt. Zusammenfassend werden dieser neuen Form der Energieerzeugung große Chancen eingeräumt. Unterschiede bestanden in den Vorstellungen zum zeitlichen Verlauf des Ausbaus sowie einer etwas unterschiedlichen Gewichtung in Bezug auf mögliche ungünstige Auswirkungen von Windenergieanlagen aus dem Meer. Die bei einem Einbringen großer maschinenbaulicher Anlagen und Bauwerke in die offene See unvermeidlichen Emissionen von Schwingungen und Schall und das prinzipielle Kollisionsrisiko - um die wichtigsten Aspekte zu nennen - ließen einige Referenten zu einem langsameren Ausbau und einer größeren Vorlaufphase drängen. Andere Referenten sehen auch die Chance zu einer projektbegleitenden Erforschung dieser Problematik.

Klar wurde, dass die Standortdebatte in der Nordsee weiter vorangeschritten ist als in der Ostsee, wo seitens einiger Umweltverbände sogar ein genereller Ausschluss von Windenergieanlagen gefordert

wurde. Dieses wurde insbesondere von WEA-Herstellern kritisiert, die in der Ostsee die Möglichkeit für die Realisierung einiger küstennaher Standorte sehen. Diese seien für die kontinuierliche Entwicklung der Anlagentechnik unter vereinfachten Randbedingungen unverzichtbar.

Bedenken in Bezug auf den Tourismus werden durch eine kürzlich angefertigte Studie [2] relativiert, ab etwa 15 km Küstenentfernung können Windparks als unproblematisch angesehen werden. Hier gibt es also noch einen deutlichen Spielraum zur Verminderung der Küstenentfernung von Windparks, die derzeit überwiegend in einer Distanz von mindestens 30km zur Küstenlinie geplant werden. Ein besonderes Interesse an der Realisierung küstennaher Projekte innerhalb der 12sm-Zone zeigten neben den Herstellern auch die Landesminister, die hier neben den positiven Umwelteffekten auch eine Chance für strukturschwache Regionen sehen.

Waren Umfang und zeitlicher Ablauf des notwendigen wissenschaftlichen Begleitprogramms Gegenstand der Diskussion, so bestand Einigkeit darin, daß der offenkundliche Forschungs- und Untersuchungsaufwand nicht allein den Antragstellern und zukünftigen Betreibern von Offshore Windparks angelastet werden könne. Auf Seiten der Bundesvertreter wurden hier kurzfristig Mittel für entsprechende Forschungsvorhaben anvisiert.

Der zweite Konferenztag galt den bereits laufenden Forschungsvorhaben, spezifischen Rechts- und Genehmigungsverfahren, sowie konkreten Erfahrungen im In- und Ausland. Als Schwerpunkt der Vorträge und Diskussionen erwies sich der Wunsch nach einer raumplanerischen Steuerung des Windkraftausbaus, der auch in dem BMU-Papier zum Ausdruck kommt. Anders als an Land sieht die bestehende Rechtsgrundlage in der Ausschließlichen Wirtschaftszone (AWZ) einen solchen Steuerungsmechanismus nicht vor. Auch die Rolle bestimmter nicht amtlicher Schutzgebiete, sogenannter Important Bird Areas (IBAs) wurde kontrovers diskutiert. Abhilfe wäre eine zügige offizielle Meldung entsprechender FFH-Gebiete im Rahmen des NATURA 2000 Programms, welche die rechtliche Bedeutung der IBAs aufheben würde.

Das auch trotz fehlender rechtlicher Grundlage raumplanerische Elemente bereits jetzt in die Genehmigungspraxis einfließen, zeigt sich am Beispiel der Umweltverträglichkeitsprüfung, die im Rahmen einer Offshore-Windpark-Genehmigung inhaltlich bereits jetzt von den Antragstellern erfüllt wird, wie am Beispiel eines konkreten Planungsprojektes gezeigt wurde. Ein Beitrag aus Dänemark zeigte den sehr pragmatischen Umgang in der Windparkausweisung und -genehmigung im deutschen Nachbarland. Über die begleitenden naturschutzfachlichen Untersuchungen in einem schwedischen Windpark wurde im letzten Tagungsblock berichtet.

Zusammenfassend wurde der Vorschlag des BMU zum schrittweisen Ausbau allgemein begrüßt, der Vorschlag zur Flächenfindung wird sicher noch Gegenstand weiterer Diskussionen bleiben. Auch der vorgegebene Zeitrahmen wurde unterschiedlich bewertet; Vertreter der Windbranche sehen hier die Notwendigkeit eines schnelleren Ausbaus. Der Zeitdruck stammt zum Teil auch durch die gegenwärtige Gesetzeslage, die eine verbesserte Vergütungssituation bei Errichtung bis Ende 2006 vorsieht. Allerdings wurde auch klar, das auf Seiten der Anlagentechnik und der Natur- und Umweltschutzfachlichen Fragestellungen noch Fragen zu klären und Probleme zu lösen sind.

In seinem Schlußwort stellte Rainer Hinrichs-Rahlwes (BMU) die Absicht einer verstärkten Forschungsförderung und die intensivere Zusammenarbeit mit den Küstenländern zu einer Standortsuche innerhalb der 12sm-Zone in Aussicht. Aus Sicht der Windbranche sicher begrüßenswert und eine Chance für eine evolutionäre Fortentwicklung der Windenergie in kleinen abgesicherten Schritten, aus denen aber in absehbarer Zukunft große Möglichkeiten erwachsen können.

Referenzen:

- [1] Windenergienutzung auf See, Positionspapier des Bundesministeriums für Umwelt, Naturschutz, und Reaktorsicherheit zur Windenergienutzung im Offshore-Bereich, Mai 2001.
- [2] Touristische Effekte von On- und Offshoreanlagen in Schleswig-Holstein, Norddeutsches Institut für Tourismus und Bäderforschung (N.I.T.), 2001